Parturient montes, nascetur ridiculus mus

Zur neuen Lehrauftragsrichtlinie

„Es kreißen die Berge, zur Welt kommt nur ein lächerliches Mäuschen“, so schrieb Horaz um 65 v. Chr. in seiner Ars poetica. Er bezog sich damals auf Zeitgenossen, die große Vorbereitungen treffen, große Ankündigungen und Versprechungen machen – und nur sehr wenig davon umsetzen bzw. halten.

Es scheint, dass unser Bildungsminister Brodkorb auch ein solcher Zeitgenosse ist.

E&W berichtet an dieser Stelle regelmäßig über die prekären Daseinsumstände der Lehrbeauftragten sowie den flächendeckenden strukturellen Missbrauch dieser akut unterbezahlten Lehraufträge zur Abdeckung curricularer Kern- und Daueraufgaben in allen Hochschulen unseres Landes.

Am 6. November 2014 erschien Minister Brodkorb auf der GEW-Demonstration vor seinem Ministerium, warb mit großer Emphase um Vertrauen und versprach mehr Geld. Was folgte, waren weitere Ankündigungen.

Jetzt, im Mai 2016, gibt das Bildungsministerium die Pressemitteilung 068-16 heraus, die die verheißungsvolle Überschrift „Mehr Geld für Lehrbeauftragte an Hochschulen“ trägt. In dieser Pressemitteilung lässt sich Minister Brodkorb zunächst zitieren mit dem Satz „Lehrbeauftragte an unseren Hochschulen nehmen eine verantwortungsvolle Aufgabe wahr und bilden unseren akademischen Nachwuchs aus. Deshalb ist es wichtig, diese Arbeit angemessen zu vergüten“. Angemessen! Das klingt gut. Das klingt verantwortungsbewusst und geradezu staatstragend.

Unmittelbar nach diesem Zitat des Ministers kommt dann die große Ernüchterung.

Die Untergrenze pro Unterrichtsstunde wird festgelegt auf 25 Euro, die Höchstgrenze für nicht-professorales Lehrpersonal, also die große Zahl der WiMis, auf 50 Euro. Ist das angemessen?

Lehrbeauftragte verrichten wie festangestellte Lehrkräfte die gleiche hochqualifizierte Lehrtätigkeit und alle damit untrennbar verbundenen Aufgaben:

Kursentwicklung und -planung, Unterrichtsvorbereitung, Korrekturen, Betreuung Studierender – in der Regel auch Prüfungsentwicklung, -durchführung und -korrekturen.

Diese Arbeit wird bei Festangestellten vergütet mit der TV-L 13.

Minister Brodkorb behauptet in der Pressemitteilung, die Tätigkeit eines Lehrbeauftragten könne nicht mit der von Tarifbeschäftigten verglichen werden, da Lehrbeauftragte Selbstständige seien. Das ist, mit Verlaub, Mumpitz! Lehrbeauftragte tun zu 99 % das Gleiche wie Festangestellte. Kann es sein, dass der Minister nicht die Tätigkeit, sondern die Bezahlung dieser Tätigkeit meint? Dann hätte er insofern recht, als Lehrbeauftragte per se schlechter gestellt sind, da sie sich durch ihre formale Selbstständigkeit selbst kranken- und rentenversichern müssen und überhaupt sämtliche Risiken alleine tragen. Sie müssten also eigentlich mehr bekommen als Festangestellte, mindestens jedoch und fairerweise genauso viel wie diese.

Rechnen und vergleichen wir doch mal!

Ein Jahr besteht aus zwei Semestern. Ein Semester enthält 15 Wochen Lehrveranstaltungen. Die Lehrverpflichtung eines Festangestellten (WiMi) beträgt an Fachhochschulen 24 SWS, an Unis 18 SWS.

Das macht 2 Semester x 15 Wochen x 24 SWS = 720 Lehrstunden/Jahr an der FH

An der Uni entsprechend 2 x 15 x 18 = 540 Lehrstunden/Jahr.

Ein Anfänger erhält TV-L 13 Stufe 1, das macht 42.000 Euro/Jahr. Geteilt durch die 540 Uni-Lehrstunden ergibt das eine Bezahlung von 77 Euro/Lehrstunde, an der FH entsprechend geteilt durch 720 Lehrstunden dann 58 Euro/Lehrstunde.

Ein Erfahrener erhält TV-L 13 Stufe 5, das macht 60.000 Euro/Jahr. Geteilt durch die 540 Uni-Lehrstunden ergibt das eine Bezahlung von 111 Euro/Lehrstunde, an der FH entsprechend geteilt durch 720 Lehrstunden dann 83 Euro/Lehrstunde.

Es ergibt sich also für angestellte WiMis eine Spanne von ca. 58 - 111 Euro/Lehrstunde, je nachdem wo sie lehren und wie viel Erfahrung sie haben. Es existiert kein einziges Szenario, in dem die Untergrenze von 25 Euro pro Lehrstunde auch nur annähernd angemessen wäre. Diese Zahl ist derartig abwegig, dass sie nur als ein offener Affront gewertet werden kann. Eine Zementierung der Möglichkeit, Lehrbeauftragte auch weiterhin prekär zu beschäftigen. Warum wird den Hochschulen des Landes überhaupt jener Handlungsspielraum eingeräumt, eine solch unangemessene Bezahlung umzusetzen?

Und die Obergrenze? Jene 50 Euro, von denen noch die erheblichen Kosten der Kranken- und Rentenversicherung für Selbstständige abzuziehen sind? Die reichen nicht einmal heran an das, was ein angestellter unerfahrener Anfänger an der FH für eine Lehrstunde bekommt. Diese Lehrauftrags-Obergrenze unterschneidet sämtliche Untergrenzen von Angestellten mit großem Abstand.

Es ist schlicht enttäuschend, was der Bildungsminister hier vorlegt. Der Berg hat gekreißt und eine Maus geboren.

Georg Müller

(WiMi und ehemaliger langjähriger Lehrbeauftragter)
AG Lehrbeauftragte im Vorstandsbereich
'Hochschule und Forschung' der GEW M-V

Ministerium für Bildung, Wissenschaft
und Kultur

Mecklenburg
Vorpommern

PRESSEMITTEILUNG

Mehr Geld für Lehrbeauftragte an Hochschulen

Minister Brodkorb: Höchstvergütungssätze für
Lehrbeauftragte deutlich erhöht und
Mindestvergütungssatz eingeführt

Schwerin, 8. Mai 2016
Nummer: 068-16

Vom Wintersemester 2016/2017 an können Lehrbeauftragte an Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern ein höheres Honorar erhalten. Das Land hat die Höchstvergütungssätze für Lehrbeauftragte an Hochschulen deutlich angehoben und einen Mindestvergütungssatz eingeführt. Die Richtlinie über die Vergabe von Lehraufträgen wird in Kürze veröffentlicht und soll am 1. September 2016 in Kraft treten.

„Lehrbeauftragte an unseren Hochschulen nehmen eine verantwortungsvolle Aufgabe wahr und bilden unseren akademischen Nachwuchs aus. Deshalb ist es wichtig, diese Arbeit angemessen zu vergüten“, bekräftigte Wissenschaftsminister Mathias Brodkorb. „Mit der neuen Richtlinie haben wir die Regelungen für die Vergütung vereinfacht und neue Vergütungsgruppen geschaffen. So wird außer bei denen, die professorenähnliche Tätigkeiten wahrnehmen, nicht mehr unterschieden, ob es sich um einen Lehrauftrag an einer Universität oder an einer Fachhochschule handelt“, sagte Brodkorb.

Laut neuer Richtlinie beträgt die Vergütung eines Lehrauftrags je Einzelstunde mindestens 25 Euro. Lehrbeauftragte, die ein Studium an einer Hochschule abgeschlossen haben oder entsprechend qualifiziert sind, können höchstens bis zu 50 Euro für eine 45-minütige Unterrichtsstunde erhalten. An Fachhochschulen wird der Höchstvergütungssatz im Vergleich zur bisherigen Regelung verdreifacht.

Bei Lehrbeauftragten, die Lehraufgaben wie Professorinnen und Professoren an Universitäten oder an der Hochschule für Musik und Theater Rostock wahrnehmen, können höchstens bis zu 75 Euro gezahlt werden. In besonderen Fällen sind bei allen Lehraufträgen Zulagen möglich, so dass die Vergütungssätze um bis zu 20 Prozent überschritten werden können.

„Das Land gibt allerdings nur die Mindest- und die Höchstsätze vor“, betonte Wissenschaftsminister Mathias Brodkorb. „Die konkrete Vertragsgestaltung liegt in den Händen der Hochschulen. Die Tätigkeit eines Lehrbeauftragten ist eine selbstständige Tätigkeit und kann nicht mit der von Tarifbeschäftigten oder verbeamteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verglichen werden“, erläuterte der Minister. Lehrbeauftragte würden nur für eine bestimmte Zeit und in der Regel für ein Semester durch die Hochschule bestellt.

Ministerium für Bildung,
Wissenschaft und Kultur
Mecklenburg-Vorpommern
Werderstraße 124
D-19055 Schwerin
Telefon: 0385 588-7003
Telefax: 0385 588-7082
presse@bm.mv-regierung.de
www.bm.regierung-mv.de

V. i. S. d. P.: Henning Lipski